

Ratsgruppe DIE LINKE.LEV
Humboldtstr. 21
51379 Leverkusen

Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

05. Dezember 2019

Vorrang für genossenschaftliche Bauprojekte beim Verkauf städtischer Grundstücke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung des Rates sowie der zuständigen Gremien:

Die Stadt stellt Baugrundstücke zur Verfügung, die bei einem Verkauf gezielt und rechtlich gebunden für die Ansiedlung genossenschaftlicher Bauprojekte (ausgenommen sogenannter „Familiengenossenschaften“) genutzt werden.

Entsprechende Fördermöglichkeiten für Projekte dieser Art sind zu eruieren und anschließend öffentlich zu bewerben, um die entsprechende Klientel über die Vorzüge solcher Bauprojekte informieren zu können.

Begründung:

Angesichts steigender Immobilienpreise und der Knappheit bezahlbaren Wohnraums gehört es auch zur Aufgabe der Kommune Maßnahmen zu ergreifen, die besonders Bürger*innen unterstützen, für die der Erwerb von Wohneigentum aufgrund ihrer ökonomischen Lage ohne Förderung unmöglich oder sehr schwierig wäre.

Genossenschaftliche Bauprojekte gelten als gute Alternative zu Mietwohnungen und zum klassischen Wohneigentum. Des Weiteren bieten sie Eigentümern von Wohneigentum eine langfristige Sicherheit in Hinblick auf die eigene Wohnsituation.

Familien, die über geringere Einkünfte verfügen, wird es ermöglicht Wohnungseigentum zu erwerben, ohne ein zu großes finanzielles Risiko eingehen zu müssen und ohne Sicherheiten anbieten zu müssen, die es ihnen ansonsten unmöglich machen Wohneigentümer werden zu können. Auch Menschen, die auf einen Wohnberechtigungsschein angewiesen sind, wird dadurch die Möglichkeiten des Eigentumserwerbs bei deutlich günstigeren Konditionen eröffnet.

Das Mehrgenerationen-Wohnprojekt in der Neuen Bahnstadt Opladen ist ein Beispiel einer erfolgreichen Umsetzung. Weitere Projekte dieser Art müssen in Leverkusen folgen, um es auch den finanziell schwächeren Schichten der Bevölkerung zu ermöglichen Wohneigentümer zu werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, werden Flächen seitens der Stadt gezielt unter der Vorgabe veräußert, dass auf diesen ein genossenschaftliches Bauprojekt umzusetzen ist.

Gründungen von Wohnungsgenossenschaften müssen des Weiteren effizient unterstützt werden. Daher ist es eine weitere Aufgabe der Stadt für diese Bürger*innen beratend tätig zu werden, indem sie Informationen über Fördermöglichkeiten veröffentlicht und publik macht.

Sogenannte "Familiengenossenschaften" sind bei diesem Projekt auszuschließen, da sie bekanntermaßen als Steuersparmodell für Wohlhabende gelten.

(siehe www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/familiengenossenschaften-steuermoral-mal-so-richtig-steuern-sparen-a-1294442.html)

Mit freundlichen Grüßen

Björn Boos
DIE LINKE.LEV

Gisela Kronenberg

Keneth Dietrich